

„In den fünfziger und sechziger Jahren“ – so Milan Kundera in seinem Roman über die *Unwissenheit* – „fand ein Emigrant aus den kommunistischen Ländern in Paris wenig Liebe; die Franzosen hielten damals den Faschismus für das einzig wahre Übel [...] Sie haben sich erst allmählich, gegen Ende der sechziger Jahre und im Laufe der siebziger Jahre, dazu entschlossen, auch den Kommunismus als Übel zu verstehen, wenn auch als ein weniger schlimmes, sagen wir als das Übel Nummer zwei. Zu jener Zeit, im Jahr 1969, sind Irina [die Protagonistin des Romans] und ihr Mann von Prag nach Frankreich emigriert. Sie begrißen schnell, daß, verglichen mit dem Übel Nummer eins, die Katastrophe, die über ihr Land hereingebrochen war, zumindest blutiger war, um ihre neuen Freunde zu beeindrucken.“ (Kundera, Seite 13)

Der Gulag-Schock

Der große Romancier und Exilant Kundera hat das Thema in dieser kurzen Formel sehr treffend beschrieben. Doch spätestens nach dem Erscheinen von Alexander Solschenizyns *Archipel Gulag* 1974 kam dann Bewegung in die französische Intellektuellenlandschaft, ein regelrechtes Erdbeben erschütterte sie und sorgte für die Erosion der alten politischen Lager. Auch wenn die Aufteilung zwischen Übel Nummer eins und Übel Nummer zwei dominantes intellektuelles Muster blieb, wurden zunehmend andere Stimmen in der öffentlichen Debatte relevant. 1976, zwei Jahre nach der entscheidenden Zäsur des Gulag-Schocks, kreuzten sich

in Paris in dem *Front antitotalitaire* Gedanken, Personen und Traditionen, deren Linien – biografisch wie intellektuell – bis zum Beginn der Fünfzigerjahre zurückzuverfolgen sind und ihren Ausgang in den Aktivitäten des Kongresses für kulturelle Freiheit hatten. Kristallisierungspunkt dieser Kooperation antitotalitärer Intellektueller – mit sehr unterschiedlicher politischer Tradition – war 1976 eine große Konferenz in Paris anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Niederschlagung der Ungarischen Revolution 1956.

Dieses symbolträchtige Ereignis verweist sehr anschaulich auf die großen Differenzen zwischen der deutschen und französischen Rezeptionsgeschichte der Dissidenz. Eine derartig prominent besetzte und folgenreiche Konferenz wäre im Deutschland der Siebzigerjahre undenkbar gewesen.

Vorbereitet hatte die Pariser Konferenz in erster Linie der polnische Philosoph und Kunsthistoriker Krzysztof Pomian – bis zu seinem Parteiausschluß aus der Polnischen KP und seiner Emigration nach England Assistent des Philosophen Leszek Kolakowski –, der 1973 zunächst nach Paris emigriert war. Pomian zählte zu den Akteuren, die die Auseinandersetzung zwischen westlichen und ostmittel-europäischen Intellektuellen insbesondere im Pariser Milieu in Gang brachten. Die Vorträge und Debatten auf der Konferenz verknüpften die Lehren aus der ungarischen Situation 1956, die Analyse der aktuellen Streikbewegung und der

Entstehung der Bürgerrechtsbewegung in Polen 1976 mit einer Aktualisierung der Totalitarismuskritik – in Fortsetzung der Diskussionen um Solschenizyns *Archipel Gulag*, die zwei Jahre zuvor begonnen hatten.

Die polnische Regierung hatte im Juni 1976 mit der drastischen Erhöhung der Lebensmittelpreise eine Streikwelle ausgelöst, die für größte Unruhe im realsozialistischen Lager sorgte. Noch im September gründeten polnische Schriftsteller und Wissenschaftler – darunter Jerzy Andrzejewski, Jacek Kuron, Edward Lipinski, Jan Jozef Lipski, Andrzej Szczypiorski, Stanislaw Baranczak – ein „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“, das die aus den Fabriken Entlassenen, Verhafteten und teils Misshandelten sowie ihre Familien finanziell und juristisch unterstützte. Aus diesem Komitee entstand kurze Zeit darauf das *Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung* (KOR) – ein Vorläufer von Solidarność. Er bezog sich in seiner Arbeit explizit auf die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), verabschiedet am 1. August 1975 in Helsinki. Insbesondere der dritte Korb der Akte über „die freie Zirkulation der Menschen und Ideen“ war Referenzpunkt für die erstarkende Bürger- und Demokratiebewegung in Polen und später der CSSR.

Die Dissidenten begannen, eine Kultur und Gesellschaft parallel zur offiziellen kommunistischen aufzubauen. Auch in Prag rumorte es bereits; einige Monate später, am 1. Januar 1977, traten dort 253 Intellektuelle mit der *Charta '77* (Vorläufer des „Bürgerforums“, das 1989 der Demokratie zum Sieg verhelfen sollte) an die Öffentlichkeit. Explizit beriefen sich die Erstunterzeichner auch hier auf die Schlussakte von Helsinki. Die „freie Zirkulation von Ideen und Menschen“ war in Gang gekommen, wie die Zusammenarbeit vom polnischen KOR, der tschechi-

schen *Charta '77* und der ungarischen Dissidentenbewegung selbst in härtesten Phasen der kommunistischen Repression später zeigen sollte.

Ideen für die Freiheit

Paris war jener Ort, an dem dieser Austausch von Menschen und Ideen und die Zusammenarbeit zwischen westlichen und östlichen Intellektuellen am produktivsten und folgenreichsten war. Der Kongress 1976 gab sozusagen die Initialzündung für die breit gefächerten Aktivitäten der folgenden Jahre. Der polnische Historiker Adam Michnik, heutiger Chefredakteur der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*, forderte auf der Pariser Konferenz: „Die Strategie, die auf dieser Konferenz entwickelt wurde, sollte dazu dienen, Druck auszuüben zugunsten einer tatsächlichen Umsetzung der in der Verfassung verbürgten individuellen und kollektiven Freiheitsrechte – so abstrakt sie auch immer waren. Die Vereinbarungen von Helsinki müssen anerkannt und angewendet werden.“ (Vergleiche Adam Michnik, *Polnischer Friede*, herausgegeben von Helga Hirsch, Berlin 1985.) Er stellte in Paris erstmals die Oppositionsstrategie des „Neuen Evolutionismus“ vor. Dieses Manifest erschien 1977 in Frankreich. (1985 erst in der BRD!) Darin fordert er eine Umorientierung der oppositionellen Intellektuellen. Im Mittelpunkt des „Neuen Evolutionismus“ stand der Aufbau unabhängiger gesellschaftlicher Organisationen und einer unabhängigen Öffentlichkeit. Bei der Ausweitung der gesellschaftlichen Selbstorganisation sollte jedoch immer der Grundsatz der Selbstbeschränkung gelten. Die Initiativen sollten zwar die Freiräume für eine Zivilgesellschaft vergrößern, aber niemals die politischen Machtverhältnisse in Polen radikal infrage stellen, sondern auf langsame Veränderungen bauen. Von tschechischer Seite waren die Herausgeber der Exil-Zeitschrift *Listy*,

Pavel Tigrid (später Chef des *Radio Free Europe*) und Jiri Pelikán, an der Pariser Konferenz und den nachfolgenden Aktivitäten beteiligt.

Auf französischer Seite versammelten sich Liberale und nichtkommunistische Linke der unterschiedlichsten politischen Generationen, darunter die Demokratietheoretiker Cornelius Castoriadis, Claude Lefort und der Soziologe Edgar Morin. Leforts Kongressbeitrag *La première révolution anti-totalitaire* (Lefort, 1977, Seite 13ff.) erschien kurze Zeit später in der Zeitschrift *Esprit*, der spätestens seit 1976 eine herausragende Rolle in der Auseinandersetzung mit der Entstehung der demokratischen Opposition in Ostmitteleuropa zukam. Ihr damaliger Chefredakteur Thibaud spielte bei der Vorbereitung der Ungarn-Konferenz und der weiteren Arbeit des *Front antitotalitaire* eine entscheidende Rolle. Die Kommunismusforscherin Annie Kriegel war ebenso dabei wie Alain Besançon, der Mitbegründer der Zeitschrift *Contrepoint* (dessen Nachfolge 1978 die Zeitschrift *Commentaire* antrat). Auch der seit 1938 unermüdlich in Ost-West-Angelegenheiten aktive ungarische Emigrant François Fejtö und der Politologe Pierre Hassner zählten zu den führenden Personen dieser Initiative. Besonderes Gewicht in diesen Aktivitäten kam Raymond Aron und dem Historiker François Furet zu. Sie zählten bereits 1956 zu jenen Pariser Intellektuellen, die Resolutionen verfassten, Demonstrationen organisierten und Komitees gründeten, um gegen die sowjetische Niederschlagung der ungarischen Erhebung zu protestieren. Massenaustritte aus der KP waren die Folge, ideologische Lager gerieten in Erosion und veränderten das gesamte intellektuelle Gefüge. Doch der Gulag-Schock 1974 und seine Folgen in den Siebzigerjahren veränderten den Pariser Denkraum noch nachhaltiger. Gemeinsam entwarf man in der weiteren Arbeit Oppositionsstrategien gegenüber dem

Kommunismus, die im Rekurs auf die KSZE-Akte den Kampf für die Menschenrechte ins Zentrum rückten. Auch die Generation der *Nouveaux Philosophes* war mit André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy in dem Bündnis vertreten. Gemeinsamer Bezugspunkt dieser Intellektuellen war ihr Engagement für die entstehenden Helsinki-Komitees, Bürgerbewegungen und Dissidenten in Osteuropa und der Sowjetunion. Eine innenpolitische französische Komponente hatte dieses Bündnis freilich auch: die Auseinandersetzung mit den totalitären Strukturen im eigenen Lande, nämlich der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF). Viele der beteiligten Intellektuellen hatten ihre eigenen Erfahrungen mit der Partei gemacht und verließen sie dann selbst als „Dissidenten“. Heftig wurde die Volksfrontpolitik der Sozialisten, ihr Wahlbündnis mit den Kommunisten kritisiert. Pikanterweise erwies François Mitterrand zum zwanzigsten Jahrestag der Niederschlagung der Ungarischen Revolution den Kommunisten in Budapest die Ehre. Eine Delegation der französischen Sozialisten unterzeichnete ein gemeinsames Communiqué mit der ungarischen KP, in dem sich beide für die „führende Rolle“ der ungarischen Kommunisten verbürgten.

Zurückhaltung in Deutschland

Bedeutete der Gulag-Schock und in seiner Folge der *Front antitotalitaire* für die französischen Debatten einen radikalen Wendepunkt, so fand in Deutschland Vergleichbares nicht statt. In einigen deutschen Großstädten entstanden in diesem Zeitraum zwar sogenannte Osteuropa-Komitees, in denen sich unabhängige Linke, Maoisten und ehemalige oder noch „praktizierende“ Trotzkisten zusammenfanden. In Kooperation mit ost-europäischen und sowjetischen Emigranten war man darum bemüht, die westliche Öffentlichkeit für die Belange der erkämpfenden Bürgerbewegungen jenseits

des Eisernen Vorhangs zu interessieren; im Untergrund kursierende Texte wurden hier bekannt gemacht und die Dissidenten, soweit vom Westen aus möglich, tatkräftig unterstützt. Diese Initiativen waren allerdings auf einen sehr kleinen Kreis beschränkt. Die Ausbürgerung des ostdeutschen Liedermachers und Dichters Wolf Biermann im November 1976 ließ das Interesse für die Regimekritiker jenseits der Mauer über eine kurze Zeitspanne hinweg anwachsen, doch war die Aufmerksamkeit nicht von Dauer. Antitotalitäre Optionen, von West- oder von Ostseite vorgetragen, fanden keinen nennenswerten Eingang in die Debatten der Bundesrepublik; die erstarkenden Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa ließ man bis Ende der Achtzigerjahre als Marginalien im Entspannungsprozess „rechts“ liegen. Stattdessen standen der Deutsche Herbst und die Auseinandersetzung mit der Roten-Armee-Fraktion auf der Tagesordnung der Intellektuellen. Im linksliberalen Milieu herrschte eher Ignoranz, die sich alsbald in Skepsis verwandelte, angesichts der entstehenden Bürgerbewegungen. Weitgehend eins mit der Ostpolitik der Regierung – im Unterschied zur innenpolitischen Konstellation in Paris –, hatte man sich in der Nachkriegsordnung eingerichtet. Die Jalta-Ordnung galt hierzulande als unhintergehbare Strafe für Auschwitz. War die Solidarität für die Reformkommunisten des Prager Frühlings noch groß, so war man in den Siebziger- und Achtzigerjahren den Bürgerbewegungen in Ostmitteleuropa, die vom Sozialismus Abstand nahmen, umso skeptischer gesonnen.

Träume vom Dritten Weg

Die im Sommer 1976 durch Preiserhöhungen der polnischen Regierung ausgelöste Streikwelle stieß noch auf Sympathie, weil es um die materiellen Verbesserungen der Arbeiterklasse in sozialistischen Landen ging. Die Ereignisse dienten

damals vielen im linksliberalen Milieu als Projektionsfläche ihrer Träume von einem Dritten Weg und rätekommunistischen Visionen. Die dezidierte Beschränkung der Forderungen des Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR) auf die Einhaltung und Realisierung demokratischer Rechte und Freiheiten wurde schon skeptischer beäugt. Allzu „bürgerlich“ schienen die Rufe der Dissidenten nach Versammlungs- und Pressefreiheit. Auch der Gründung der *Charta '77* in Prag wurde aufseiten des linksliberalen Milieus wenig Beachtung geschenkt. Václav Havels 1989 erschienenes Werk *Versuch, in der Wahrheit zu leben* wurde eher als moralischer Voluntarismus belächelt. Die Gründer der *Charta '77* kämpften mit ihrem Forderungskatalog, so die Kritik, nur für sogenannte „bürgerliche Freiheiten“. Größeres Interesse und solidarische Unterstützung wäre ihnen vermutlich widerfahren, wenn ihr Kampf einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gegolten hätte. Erschwerend kam hinzu, dass sich die tschechoslowakische Arbeiterklasse damals – im Gegensatz zu Polen – nicht bewegte, die *Charta '77* also nur ein Projekt der Intellektuellen war.

Ihr Traum vom Dritten Weg, ein reformierter Sozialismus, der die bürgerliche Demokratie und den Kapitalismus überwinden würde, verstellte vielen deutschen Intellektuellen weitgehend den Blick auf die in Bewegung geratenen realsozialistischen Gesellschaften. Die Grenze des propagierten universalen Demokratieverständnisses in großen Teilen des linksliberalen Milieus war letztlich der Eisernen Vorhang.

Begegneten große Teile der deutschen Bevölkerung dem „polnischen Sommer“ mit Sympathie, so waren die Reaktionen aus dem linksliberalen Lager eher zurückhaltend. Anfangs brachte man der polnischen „Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung“ ein gewisses Wohl-

wollen entgegen. Ihrem zunehmend antikommunistischen Charakter, teilweise getragen vom Pathos der nationalen Befreiung aus der sowjetischen Vorherrschaft, begegneten viele Intellektuelle mit Misstrauen und Abwehr. In Misskredit geriet die Bewegung allein schon deshalb, weil sie auf die Unterstützung der katholischen Kirche und des polnischen Papstes setzen konnte; als „Fünfte Kolonne des Papstes“ bezeichnete man *Solidarność* damals gern.

Die Verhängung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 und damit die gewaltsame Niederschlagung der polnischen Demokratiebewegung löste bei den deutschen Intellektuellen – anders als beim sowjetischen Einmarsch in Prag 1968 – keine nennenswerten Proteste aus. Man demonstrierte zu dieser Zeit nicht gegen den Gewaltstreich der polnischen Kommunisten, sondern für den Frieden und gegen die Stationierung der Pershing-II-Raketen. Im Oktober hatten sich zu diesem Anlass unter Beteiligung führender Sozialdemokraten eine Viertelmillion Menschen in Bonn versammelt. Das polnische Drama geriet darüber in Vergessenheit.

Desinteresse und Ignoranz

Die Abwehrmuster vieler deutscher Intellektueller, wie sie bereits gegenüber Solzhenizyns *Achipel Gulag* 1974 zutage traten, wiederholten sich auch gegenüber *Solidarność* und den anderen osteuropäischen Bürgerbewegungen. Desinteresse und Ignoranz und die latente Wirkung klassischer Topoi der Linken blockierten den Blick dafür und die Erkenntnis, dass die polnische Demokratiebewegung den Anfang vom Ende des Kommunismus eingeläutet hatte. Die Bürger in Osteuropa kämpften bis 1989 nicht nur für Bürgerrechte, sondern auch für Eigentumsrechte. Sie wollten politische und wirtschaftliche Freiheit. Es ging ihnen um ihre intellektuelle und finanzielle Unabhän-

gigkeit. Sie wollten Demokratie und Kapitalismus, weder einen Dritten Weg noch einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“; sie trachteten danach, sich gänzlich vom real existierenden und ideologischen Kommunismus zu befreien. Darauf reagierte man im linksliberalen Milieu in Deutschland mit erheblichen Vorbehalten. Standen doch damit traditionsreiche Denkfiguren zur Disposition, die offen oder latent den intellektuellen Diskurs im eigenen Lande und den Blick „nach drüben“ prägten: ein gerüttelt Maß an Misstrauen gegen die „bürgerliche Demokratie“, gepaart mit einem Antikapitalismus, der zuweilen mutmaßt, Demokratie und Kapitalismus schlössen sich aus. Ärgerlich für viele Intellektuelle war zudem die dezidiert antikommunistische Stoßrichtung der osteuropäischen Bürgerbewegung, die – einem Reflex gleich – die traditionsreiche anti-antikommunistische Verteidigungshaltung provozierte. Es sollte – im Unterschied zu Frankreich – noch Jahre dauern, bis die Konstellation dieser Denkfiguren allmählich in Erosion geriet. Man hat noch die Schmähungen im Ohr, mit denen Jürgen Habermas anlässlich der Wiedervereinigung die Ostdeutschen belegte: Vom DM-Nationalismus sprach er unter großem Beifall.

In Frankreich hatten die politisch-intellektuellen Verwerfungen, angefangen 1956 und dann radikaler seit Mitte der Siebzigerjahre, ein anderes Klima für die Rezeption der Entwicklungen in Osteuropa bereitet. Die Präsenz der Emigranten aus der Sowjetunion, Ungarn (besonders nach 1956), Polen und der CSSR (hier vor allem die Emigrationswelle nach 1968) und ihrer Exilzeitschriften hatte über die Jahre die Wahrnehmung für die Ereignisse jenseits des Eisernen Vorhangs geschräft. Im Pariser Denkraum waren die Intellektuellen aus Osteuropa leibhaftig und mental anwesend; ihre Analysen und Prognosen waren Bestandteil öffentlicher Debatten. Nach dem Gulag-Schock und

der folgenden antitotalitären Welle beobachtete man die Entwicklung in Polen mit großem Interesse. Im Zuge der ideologischen Erschütterungen der letzten Jahre hatten viele Intellektuelle vom Marxismus und klassischen linken Denktraditionen Abschied genommen. Ihre Kritik am Totalitarismus war verbunden mit einem wachsamen und neugierigen Blick auf die Krisenentwicklungen in Osteuropa, für deren Wahrnehmung sie sich geöffnet hatten. Im Zentrum der Debatten standen Demokratie und Menschenrechte – ein regelrechter Aufschwung der Demokratietheorie war zu beobachten – und die Idee der zivilen Gesellschaft, deren Verwirklichung man nicht mehr auf die westliche Hemisphäre beschränkte. Vor diesem Hintergrund versteht man, warum den osteuropäischen Bürgerbewegungen und Dissidenten in Paris solch große Beachtung und Sympathie entgegengebracht wurde. Die tschechische *Charta '77* wurde nach Kräften unterstützt, zu Zeiten des „Polnischen Sommers“ entstanden unzählige Solidaritätskomitees für *Solidarność*. Am Tag nach Verhängung des Kriegsrechtes in Polen am 13. Dezember 1981 organisierten Cornelius Castoriadis, Edgar Morin, Claude Lefort, Jean-Marie Domenach, Pierre Rosanvallon, Jorge Semprun, Jacques Julliard, François Furet, Bernard Kouchner, André Glucksmann, Michel Foucault und der Filmschauspieler Yves Montand mit anderen eine Demonstration. In den folgenden Tagen wurden zahlreiche Petitionen gegen die Verhängung des Kriegsrechtes verfasst, Aufrufe und Protestresolutionen füllten die Titelseiten der Zeitungen, in Rundfunk und Fernsehen wurde heftig debattiert und die sozialistische Regierung für ihre Zusammenarbeit mit den Kommunisten attackiert. Eine Solidaritätswelle ging durchs Land, ausgelöst von Schriftstellern, Künstlern, Professoren des *Collège de France* und der *École des Hautes Études en sciences sociales*, die

auch von der sozialistischen Gewerkschaft CFDT mitgetragen wurde. Am 25. Dezember erschien eine scharfe Protesterklärung, die viertausend Intellektuelle und Wissenschaftler unterzeichnet hatten. Angesichts dieser Krise in Polen „gebärdeten sich die Intellektuellen so, als wären sie diesmal bereit, für Danzig zu sterben“ (vergleiche Jürg Altweig, *Die Schatten von Vichy. Frankreich, Deutschland und die Rückkehr des Verdrängten*, München 1998, Seite 120).

Spiegelverkehrte Entwicklung

Bemerkenswert ist die nahezu spiegelverkehrte Entwicklung, die französische und deutsche Intellektuelle in ihrer Auseinandersetzung mit den Totalitarismen dieses Jahrhunderts durchlaufen haben. War die französische Intelligenz in den Fünfzigerjahren mehrheitlich positiv vom Totalitarismus kommunistischer Prägung fasziniert, so bestimmte das Klima in Deutschland in dieser Zeit ein antitotalitärer Konsens, der zuweilen antikommunistische Kapriolen schlug. Als Reaktion darauf entfaltete sich ein Anti-Antikommunismus, der weit über die Parteien der Linken hinausreichte und auch von unabhängigen Intellektuellen des linksliberalen Milieus emsig verfochten wurde. Begann im Mai 1968 in Frankreich eine Etappe, die *à la longue* das Ende des Marxismus einlätete – die Proteste der Studenten richteten sich nicht zuletzt gegen die Kommunistische Partei – und ihren Höhepunkt Mitte der Siebzigerjahre hatte, so setzte in Deutschland mit der Studentenbewegung eine Renaissance des Marxismus ein, die die Etablierung alter und neuer Faschismustheorien forcierte. Entstand in Frankreich nach dem Gulag-Schock 1974 ein in die öffentliche Debatte maßgeblich intervenierender *front antitotalitaire*, der sich aus Intellektuellen unterschiedlicher politischer Generationen zusammensetzte, so gerieten im Gegensatz dazu in Deutschland Tota-

litarismustheorien ins Abseits und wurden tendenziell aus den Hochschulen und dem öffentlichen Diskurs verbannt. Alexander Solschenizyns Enthüllungen über den Archipel Gulag lösten im Unterschied zu Frankreich kein Erdbeben in der intellektuellen Landschaft aus. Antitotalitäre Optionen, die den Nationalsozialismus, den Faschismus und den Kommunismus vergleichend in den Blick nehmen und fester Bestandteil der französischen Diskurskultur sind, waren in deutschen Debatten bis weit über das Jahr 1989 hinaus nahezu verpönt. Dies zeigte sich nicht nur im Historikerstreit 1986, sondern auch in der Debatte um das von französischen Historikern verfasste *Schwarzbuch des Kommunismus* 1997/98.

Hierzulande tut man sich immer noch schwer damit, das Jahr 1989 als historischen Bruch wahrzunehmen. Besonders im linksliberalen Milieu herrscht nach wie vor die Überzeugung, das Jahr 1945 sei die einzige relevante historische Bruchstelle. Mit der Beschwörung der Einmaligkeit dieses Datums soll die Singularität von Auschwitz im Gedächtnis behalten werden. Die bedingungslose Verteidigung der Nachkriegsordnung, das heißt die Teilung Europas und Deutschlands – als Strafe für die Verbrechen der Nationalsozialisten – war verbunden mit dem Tabu, nationalsozialistische, faschistische und kommunistische Verbrechen zu vergleichen. Die Erinnerung an Holocaust und Gulag teilt Europa immer noch in West und Ost. Das haben die unterschiedlichen Reaktionen auf die Feierlichkeiten zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 2005 ebenso gezeigt wie ein Jahr zuvor die heftige Abneigung, die der ehemaligen lettischen Außenministerin Sandra Kalniete entgegenschlug: Zur Eröffnung der Leipzi-

ger Buchmesse provozierte sie 2004 einen Eklat, weil sie das NS-Regime und den Kommunismus als „gleichermaßen verbrecherisch“ bezeichnete. Darin offenbart sich ein fundamentaler vergangenheitspolitischer Dissens. Für den Westen ist der Holocaust negativer Gründungsmythos Europas, während der Osten darin eine Relativierung der kommunistischen Verbrechen sieht. Neben dem beschwörenden Satz „Nie wieder Auschwitz“ hört man bis heute kein ebenso emphatisches „Nie wieder Gulag“.

Kommunismus weichgezeichnet

Bereits Mitte der Fünfzigerjahre hatte Jean-Paul Sartre im Streit um die Bedeutung und Existenz des Gulag in der Sowjetunion Albert Camus entgegengehalten: „Ich finde wie Sie diese Lager unzulässig: doch ebenso unzulässig den Gebrauch, den die bürgerliche Presse davon macht.“ („Réponse à A. Camus“, in: *Situations IV*, 1955)

Sartres Antwort ist paradigmatisch für eine Denkfigur, die die intellektuellen Debatten in Frankreich und Deutschland von der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart hinein prägen sollten: die antifaschistische Weichzeichnung des Kommunismus mit der Folge des Anti-Antikommunismus und die Entwertung und Geringschätzung der bürgerlichen Demokratie und ihrer Freiheiten bis hin zum westlichen Selbsthass. Angesichts neuer totalitärer Herausforderungen und gerade eingedenk der Erfahrungen, die Europa im letzten Jahrhundert mit seinen Diktaturen gemacht hat, steht heute eine Selbstbesinnung darüber, was Freiheit uns bedeutet, auf der Agenda. Möglicherweise steht dann auch irgendwann der Erkenntnis nichts mehr im Wege, dass die Freiheit schon immer unteilbar gewesen ist.